

## **Antworten des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine des Verbandes für Arbeit, Bildung und Integration Berlin/Brandenburg e.V.**

### **1. Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen stagniert seit 2020 bei ca. 30.000 Personen. Das zeigt, dass eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt eher die Ausnahme ist. Gleichzeitig sinken Maßnahmen der öffentlich geförderten Beschäftigung. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei für die nächste Legislaturperiode, um der Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken?**

Ein hoher Anteil der Erwerbslosen in Brandenburg ist länger als ein Jahr ohne Job. DIE LINKE weiß, wie schwierig es ist, Menschen nach einer langen Zeit der Erwerbslosigkeit wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dazu braucht es vernetzte Vorhaben, Maßnahmen und Initiativen. Wir wollen Initiativen, die sich für eine bessere Integration von Langzeiterwerbslosen engagieren, bündeln und flächendeckend zu einem solidarischen Arbeitsmarkt ausbauen. Auf diese Weise können Kommunen oder gemeinnützige Träger unterstützt werden und gleichzeitig Erwerbslosen geholfen werden, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die Linke will Modellprojekte zur 4-Tage-Woche unterstützen, damit die Arbeit auf mehr Schultern verteilt wird; die teilnehmenden Unternehmen sollen direkt gefördert werden.

Wir werden darauf hinwirken, dass Langzeitarbeitslose mit Beschäftigungshindernissen statt mit 1-Euro-Jobs in öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen gesellschaftliche Aufgaben erledigen, die wenig privaten Profit, aber viel gesellschaftlichen Nutzen versprechen. Wir werden diese Beschäftigung mit beschäftigungsförderlicher Qualifizierung verbinden und wir werden für die besten dieser Maßnahmen Dauerfinanzierungen finden.

Viele unserer Vorhaben, z.B. der massive Ausbau des ÖPNV, aber auch die Verbesserungen im Bildungsbereich angefangen vom Schulesen bis zum Ausbau der Lehrkräfte und die Förderung der dezentralen Infrastruktur gehen einer mit einem erheblichen Stellenaufwuchs einher, von dem Erwerbslose profitieren können.

### **2. Arbeitsgelegenheiten stellen ein erstes niedrigschwelliges Angebot dar, um langzeitarbeitslose Menschen zu aktivieren, zu stabilisieren und soziale Teilhabe zu ermöglichen. Welche Möglichkeiten zur Stärkung und Weiterentwicklung des Instruments auf Landesebene sieht Ihre Partei?**

Arbeitsgelegenheiten, die als 1-Euro-Jobs entlohnt werden, entwerten den Menschen und seine Arbeit. Wenn der Lohn der Arbeit einer Stunde nicht einmal ausreicht, um eine einfache Mahlzeit zu kaufen, dann hat das Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl der Menschen.

Es gibt gerade in der Fläche Brandenburgs viele Möglichkeiten, um Menschen in öffentlichen geförderten Beschäftigungsverhältnissen mit Aufgaben zu betrauen, die die Gesellschaft braucht:

- Kommunikation in den Dörfern: Einrichtung von Dorfstammtischen, Dorfübergreifenden Treffs, Internet- und Multimediaagenturen für das Dorf.
- Mobilitätsförderung: Dorfbus, Dorfauto, (Rad-)Wege zwischen Dörfern wiederbeleben.
- Versorgung: Einrichtung und Betrieb von Dorfläden, Einkaufen für und mit Senioren und Kranken.

Über diese und weitere Tätigkeiten, die teilweise auch sehr niederschwellig sind, kann langzeitarbeitslosen Menschen eine Rückkehr ins Erwerbsleben ermöglicht werden.

### **3. Wie vom IAB kürzlich evaluiert, ist das Teilhabechancengesetz ein wirksames Instrument zur Arbeitsmarktintegration und für soziale Teilhabe. Jedoch sinken die 16i-Stellen im Land Brandenburg**

**kontinuierlich. Für 2024 gibt es von einigen Regionen bereits die Ankündigung, keine weiteren 16i-Stellen zu fördern. Was plant Ihre Partei, damit das Instrument auch in Brandenburg noch wirken kann?**

DIE LINKE plant die Verzahnung von regionaler Strukturförderung und öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse, auch solcher nach § 16i SGB II. Daher können diese Instrumente nach unserer Auffassung auch weiter wirksam sein. Die Jobcenter sind überwiegend von der Wirksamkeit dieses Instruments, gerade als Lückenschließer zwischen den Förderangeboten, überzeugt. DIE LINKE wird daher bei den regionalen Trägern und Anbietern dafür werben, dieses Instrument weiter zu nutzen, und auch dazu passende Maßnahmen auflegen.

**4. Das ESF+ Förderprogramm „Praxisnahe Berufsorientierung“ ist ein wirkungsvoller Baustein für Schüler\*innen zur Prävention von Langzeitarbeitslosigkeit, jedoch mit einem hohen bürokratischen Aufwand und einer immer erneuten Beantragung verbunden sowie erst ab der 7. Klasse einsetzbar. Plant Ihre Partei, PraxisBO für die Primarstufe auszuweiten und als Regelleistung für Brandenburg einzuführen?**

Praxisnahe Berufsorientierung ist unverzichtbarer Bestandteil sowohl von Bildung als auch von Weiterfahung für Kinder. Die Linke setzt sich für eine Berufsorientierung bereits in der frühkindlichen Bildung, also bereits in den Kindertagesstätten ein. Erst recht muss die praxisnahe Berufsorientierung in der Primarstufe als Regelleistung gewährleistet sein.

Zudem treten wir für einen massiven Bürokratieabbau bei den ESF-Programmen ein. Die Förderung muss verstetigt werden, einfacher, nachhaltiger und langfristiger beantragt werden können. Wir sind davon überzeugt, dass die Investition in Bildung an dieser Stelle eine hohe gesellschaftliche Rendite erzielt.

**5. Warum sollten Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, Ihre Partei wählen? Bitte nennen Sie drei Gründe.**

1. DIE LINKE setzt sich nachweislich für gute Arbeit und für gute Löhne ein. Gute Arbeit ist erfüllend und schützt die Gesundheit. Gute Löhne erlauben Familien, ohne Bürgergeld auszukommen. So ist gesellschaftliche Teilhabe möglich und künftigen Renten werden armutsfest. DIE LINKE fordert daher eine Tariftreueklausel, höhere Vergabemindestlöhne und Mindestlöhne.

2. Die Linke fordert die Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse zu angemessenen Löhnen. Das Land Brandenburg muss deutlich machen, dass es Respekt vor der Arbeit aller hat – dafür sind Haushaltsmittel notwendig, erforderlich ist aber auch ein anderer Umgang miteinander. Wir brauchen in Brandenburg alle – dies muss Politik jeden Tag vermitteln!

3. Auch die, die derzeit nicht arbeiten können, sei es, weil sie erziehen oder pflegen, krank sind oder in Bildungsmaßnahmen, verdienen Respekt und ein angemessenes Bürgergeld. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Brandenburg im Bundesrat für eine Inflationsklausel beim Bürgergeld kämpft und sich Kürzungsplänen beim Bürgergeld in den Weg stellt. Der Weg zurück zu Hartz-IV ist ein Irrweg. Der Klassenkampf gegen „die ganz unten“ darf nicht erneut die Politik auf Bundes- und Landesebene bestimmen.